



Einleitung zur ARBEITERWOHLFAHRT - von Horst-Peter Schulz

Als die Nr. 1 der "Arbeiterwohlfahrt" am 1. Oktober 1926 erschien, hatte sich die herausgebende Organisation, der "Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt e.V.", bis heute allgemein bekannt als Arbeiterwohlfahrt (AWO), bereits am 23. April 1925 als eingetragener Verein (e.V.) beim Amtsgericht Berlin-Mitte (197-Nr. 94.V.R. 4440) (s. Niedrig, Heinz, Die Arbeiterwohlfahrt in der Zeit von 1933 - 1945, Marburg 2003, S. 21) registrieren lassen. Damit war die AWO zwar formal keine Untergliederung der SPD mehr, doch als solche war deren Gründung Ende 1919 nach vielfältigen vorhergehenden lokalen Initiativen (nicht zuletzt wegen der gesteigerten Verelendung der Bevölkerung und der vor allem Not leidenden Frauen und Kinder während und nach dem 1. Weltkrieg) und auf Anregung der damaligen Frauensekretärin des SPD-Vorstandes, Marie Juchacz, vom SPD-Parteivorstand gebilligt worden - wenn auch anfangs mit kritischen Vorbehalten ("von Frauen geprägter Verband", "zu viel fürsorgerische Kleinarbeit"; Niedrig, a.a.O., S. 20f). Und auch nach ihrem e.V.-Status wurde sie in sämtlichen Jahrbüchern der SPD vor 1933 (1926 - 1931, dem letzten vor 1946 erschienenen) weiterhin als "Organisation der SPD" geführt, obwohl sie sich, abgesehen von ihrer formalen Verselbständigung, bereits seit langem von der "braven Unterorganisation der SPD... zur sozialdemokratischen Impulsgeberin, Vordenkerin, Anregerin in sozialen und fürsorgerischen Fragen" entwickelt hatte (Niedrig, a.a.O., S. 21).

Bis 1933 leiteten Marie Juchacz und Elfriede Ryneck den Vorstand des "Hauptausschusses für Arbeiterwohlfahrt e. V. ", dem auch der gleichnamige Verlag gehörte und der dann auch die "Arbeiterwohlfahrt" herausgab. Als Schriftführerin des Vorstandes war Hedwig Wachenheim verantwortlich für die Redaktion. Ab 15.3.1931 trat an ihre Stelle Lotte Lemke, während Hedwig Wachenheim die Schriftleitung übernahm, für die dann ab dem 15.4.1933 der Verlag selbst verantwortlich zeichnete; 14 Tage zuvor war Fritz Schreiber die redaktionelle Verantwortung übertragen worden. Am 15. Mai 1933 erschien mit Nr. 10 die letzte autonome Ausgabe der "Arbeiterwohlfahrt", dann wurde die AWO von der nationalsozialistischen Deutschen Arbeitsfront übernommen; vorhergehende Versuche der NS-Volkswohlfahrt, die AWO zu vereinnahmen, waren gescheitert. 2 Monate später, am 15. Juli, erschien als letzte Ausgabe noch eine Nummer 14 mit Hakenkreuzemblem, herausgegeben vom "Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt in der Deutschen Arbeitsfront" mit dem editorischen Vermerk, "die Hefte 11, 12 und 13 sind infolge Eingliederung ... in die Deutsche Arbeitsfront nicht erschienen." Damit stellte die "Arbeiterwohlfahrt" ihr Erscheinen ein; sie und der "Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt" waren endgültig vom Moloch des alles für sich beanspruchenden NS-Regimes aufgesogen worden.

Die "Arbeiterwohlfahrt" erschien seit Oktober 1926 bis 1933 an jedem 1. und 15. eines Monats in der Regel mit einem Umfang von 32 Seiten im DIN A 5-Format; die Auflage startete mit 10.000 Exemplaren; für 1930 wurden 8.300 genannt (Jahrbuch der SPD 1926 bzw. 1930).

In ihrem Geleitwort zum ersten Heft legte Marie Juchacz die Notwendigkeit einer solchen Zeitschrift für den Zusammenhalt dieses "lebendigen Organismus" dar - immerhin hatte die AWO 1926 bereits über 1.900 Ortsausschüsse, deren Zahl sich bis Ende 1930 auf 2.550 mit insgesamt 135.000 Mitarbeitern gesteigert hatte -, umriss dann aber vor allem Ziele und Aufgaben der AWO und die eines eigenständigen Periodikums trotz der Unterstützung durch die sozialdemokratische Tagespresse und sozialistische Zeitschriften sowie der bereits seit langem erfolgten Herausgabe eigener Broschürenliteratur. Diese neue Zeitschrift sollte dem "Meinungsaustausch über die Probleme der Wohlfahrtspflege ... , (dem) regelmäßige(n) Austausch von Erfahrungen" dienen und "das ergänzende Organ zur Vermittlung von Gesetzes- und Verwaltungskunde auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege sein", um sie "mit sozialistischem und demokratischem Geist (zu durchsetzen)". Die AWO wollte mit diesem Organ "die sozialistische Erkenntnis in der Wohlfahrtspflege

verbreitern und vertiefen, die Arbeit für das allgemeine Wohl intensiver und fruchtbarer gestalten". Es sei notwendig geworden, "ein Kampforgan zu haben", um dort zu "kämpfen, wo man uns den Eingang verwehrt oder wo man unseren Einfluß wieder zurückdrängen will", denn die "Führer der konfessionellen Wohlfahrtsverbände mach(t)en sich den zeitungslosen Zustand der Arbeiterwohlfahrt zunutze, um ... ihre Machtposition zum Nachteil der sozialistischen Anschauung zu wahren und zu stärken."

Wie viele Vereins- und Verbandszeitungen wird und wurde auch die "Arbeiterwohlfahrt" pauschal als "Vereinsblättchen" eingestuft und dementsprechend ihr Inhalt unterschätzt. Im konkreten Fall befasste dieses Periodikum sich jedoch keineswegs nur mit Vereinsnachrichten - es gab solche natürlich auch, um diese immer stärker werdende Organisation zusammenzuhalten - sondern sprach viele zeitgenössische und auch heutzutage noch aktuelle Themen und Probleme an. So wurde das gesamte Sozial- und Fürsorgewesen kritisch durchleuchtet, diesbezügliche Gesetze, Verordnungen und behördliche Maßnahmen sowie deren Handhabung auf ihre Tauglichkeit bzw. Umsetzung in die Praxis überprüft und auf Mängel hingewiesen, analysiert, angeprangert, Verbesserungen angemahnt und vorgeschlagen.

Themenkreise im Einzelnen waren Wohlfahrtspflege und -politik, allgemeine Fürsorge, Strafrecht und soziale Rechtshilfe, Arbeitsrecht und -schutz, Familien- und Unehelichenrecht, Jugendwohlfahrt und Jugendpflege, darunter auch Kinderarbeit, Kindesmisshandlung und Fürsorgeerziehung, Gesundheitsfürsorge, Gesundheit und Ernährung, Sexual- und Gewerbehygiene, Geschlechtskrankheiten, Sozialpolitik und Sozialversicherung, Frauenfragen und Gleichberechtigung, Mutter und Säugling, Bildungswesen sowie Berufs- und Ausbildungsfragen. Als Autoren konnten namhafte Wissenschaftler, Politiker und Publizisten gewonnen werden - auch des deutschsprachigen Auslandes-, die voll hinter ihrem sozialen Engagement standen und dies auch tatkräftig in die Praxis umsetzten. Es ist an dieser Stelle zwar nicht möglich, deren aller Namen zu nennen, doch sollen einige hier in Erinnerung gebracht, vor allem aber derer gedacht werden, die durch dieses barbarische nationalsozialistische System ihr Leben verloren bzw. emigrieren mussten; ferner auch einige, die nach 1945 wieder im politisch-gesellschaftlichen Bereich aktiv waren und am Aufbau der jungen deutschen Demokratie mitwirkten.

An dieser Stelle darf auch nicht unerwähnt bleiben, dass die "Arbeiterwohlfahrt" wohl das einzige Fachorgan jener Zeit war, welches sich frühzeitig mit dem Problem des aufkommenden Nationalsozialismus auseinandersetzte und auf die drohenden Gefahren hinwies (s.a. Niedrig, a.a.O., S. 27f.). Entsprechend rigide reagierten die neuen Machthaber und verfolgten auch dessen Autoren, unter denen sich zudem, wie auch bei den übrigen Förderern der AWO, überdurchschnittlich viele jüdische Mitbürger befanden.

Zu den Verfolgten zählten die Vorsitzende der Organisation und die Chefredakteurin des Verbandsblattes. Aber auch andere herausragende Mitglieder der AWO wurden politisch drangsaliert, inhaftiert und hingerichtet.

In knappen Kurzbiographien sollen die Repräsentanten und Repräsentantinnen eines "besseren Deutschlands" vorgestellt werden.

Marie Juchacz, Sozialpolitikerin und Frauenrechtlerin, 1917 Frauensekretärin des SPD-Parteivorstandes, Gründerin der AWO und deren Vorsitzende bis 1933, Mitglied der Weimarer Nationalversammlung und bis 1933 MdR, 1933 Emigration bis in die USA, nach 1949 Ehrenvorsitzende der AWO

Hedwig Wachenheim, Sozialarbeiterin, Leiterin einer Abteilung der Reichsfilmprüfstelle, seit 1919 Mitglied des Hauptausschusses der AWO, entschiedene Kämpferin für die Demokratisierung der Verwaltung und gegen die Diskriminierung der Sozialarbeit, ab 1926 Chefredakteurin der "Arbeiterwohlfahrt", ab 1928 Mitglied des Preuß. Landtages, 1935 Emigration über die Schweiz, Frankreich in die USA, nach 1946 wiederum in deutschen Wohlfahrtsorganisationen tätig

August Albrecht, Pionier und Organisator der Arbeiterjugendbewegung, Gründer des Arbeiter-Jugendverlages, u. a. Herausgeber des seinerzeit bekanntesten sozialdemokratischen "Jugend-Liederbuchs" mit dem Motto "Mit uns zieht die neue Zeit ..."; Leiter der sozialistischen Buchgemeinschaft "Der Bücherkreis", nach 1945 Leiter der "Gruppe sozialistischer Verleger und Buchhändler", Mitglied des Kulturpolit. Ausschusses der SPD und des Vorstandes des "Deutschen Jugendherbergsverbandes"; seine Frau Lisa (Elisabeth) war ebenso engagiert, nach 1933 mehrfach verhaftet, nach 1945 kurzzeitig stellv. Vorsitzende der SPD in Bayern, ferner Vorsitzende der bayer. Arbeitsgem. sozialdem. Frauen (AsF) und von 1949 bis zu ihrem Tod 1958 MdB

Minna Bollmann, MdR, MdL, Sozialpolitikerin, 1935 vornehmlich politisch motivierter Freitod

Toni Breitscheid, Ehefrau von Rudolf Breitscheid (MdR), nach 1933 Emigration, 1941 von Frankreich an die Gestapo ausgeliefert, Überlebende des KZ Buchenwald

Käthe (Katharina) Buchrucker, ab 1925 Geschäftsführerin der AWO, später bis 1933 Kuratoriumsmitglied der AWO-Wohlfahrtsschule und ab 1930 Dozentin an der Deutschen Gesundheitsfürsorgeschule, setzte sich vornehmlich für Krankenhausfürsorgearbeit und ein verstärktes Engagement "junger Kräfte aus dem Proletariat" (in: Arbeiterwohlfahrt, 1928, S. 177) in sozialen Berufen ein

Dr. Walter Fabian, Journalist, Publizist, Pädagoge und Pazifist, aktiv in der Erwachsenenbildung tätig, 1932 SAP, 1935 Emigration in die Tschechoslowakei, Frankreich, Nordafrika und die Schweiz, 1957 Rückkehr nach Deutschland, Chefredakteur der "Gewerkschaftlichen Monatshefte"

Irma Fechenbach, verheiratet mit Felix F. (pers. Sekretär von Kurt Eisner, Schriftsteller und Redakteur, 1933 "Schutzhaft", August 1933 "auf der Flucht erschossen"), 1933 Emigration mit ihren Kindern in die Schweiz

Walter Friedländer, Rechtsanwalt, Fürsorger, Hochschullehrer, 1926 - 1933 Präsident der Dt. Zentrale für Jugendwohlfahrt, danach Emigration über die Schweiz, Frankreich in die USA (1936)

Paul Gerlach, MdL, MdR, SPD-Bezirksleiter Niederrhein und Redakteur, Landrat in der Rheinprovinz mit besonderem Engagement für Kriegsbeschädigte und Kindergesundheitsfürsorge, nach 1933 mehrfach in verschiedenen KZ inhaftiert, 1944 im KZ Sachsenhausen seinen Leiden erlegen

Robert Görlinger, Kölner Kommunalpolitiker, einer der Vorsitzenden des SPD-Bezirks Niederrhein, 1933 Emigration Frankreich, Auslieferung 1941 an die Gestapo, bis 1945 KZ Sachsenhausen, danach OB Köln, Vors. SPD-Bez. Mittelrhein, MdL und MdB

Gertrud Hanna, Sekretärin des ADGB und MdL, 1944 vornehmlich politisch motivierter Freitod

Dorothea Hirschfeld, Mitbegründerin der AWO, bis 1933 Ministerialrätin im Reichsarbeitsministerium, 1942 in das KZ Theresienstadt verschleppt, nach 1945 Mitarbeit im Zentralen Frauenausschuss des Berliner Magistrates und in der wiedergegründeten Westberliner AWO

Elisabeth Kirschmann-Röhl, MdR, MdL, Schwester von Marie Juchacz, verheiratet mit Emil Kirschmann, MdR, verstorben 1930

Dr. Ernst Kantorowicz, Rechtspädagoge und Leiter des Kieler Jugendamtes, setzte sich aktiv für die Jugendwohlfahrt und die verwahrlosten Jugendlichen und deren Berufsausbildung ein, Professor am berufspädagogischen Institut in Frankfurt a. M., baute dort nach 1933 die Wohlfahrtspflege in der jüdischen Gemeinde auf, verblieb trotz der Emigration seiner Frau in

Deutschland, 1938 ins KZ Buchenwald verbracht, nach kurzer Freilassung Emigration nach Holland, dort jedoch später verhaftet, mit seiner 2. Frau in das KZ Theresienstadt eingeliefert und später im KZ Auschwitz ermordet

Dr. Karl Kautsky jun., einer der Söhne des deutsch-österreichischen sozialistischen Theoretikers Karl K. und seiner Frau Luise, Gynäkologe und österr. Militärarzt, Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs, ab 1919 ärztl. Tätigkeit innerhalb des Amtes für Wohlfahrtseinrichtungen, Jugendfürsorge und Gesundheitswesen im "Roten" Wien, Gründer und Leiter der Eheberatungsstelle im Gesundheitsamt Wien, Arzt in Arbeiterwohlfahrts- und Gemeindekrankenhäusern, 1938 sechsmonatige Schutzhaft, 1939 Ausweisung und Emigration in die USA, Mitarbeiter des Jewish Labor Committee und des Labor Aid Projekts

H. (Johanna) Kirchner, kümmerte sich bereits im 1. Weltkrieg um Not leidende Frauen und Kinder, Mitbegründerin der Frankfurter AWO, 1933 vor ihrer Verhaftung gewarnt, floh sie ins Saarland und unterstützte dort Marie Juchacz bei der Flüchtlingsbetreuung und leistete zusammen mit dieser Kurierdienste für die SOPADE in Prag, 1935 Flucht nach Frankreich, 1943 von der Vichy-Regierung an die Deutschen ausgeliefert und 1944 in Plötzensee hingerichtet

Dr. Andreas Knack, Abg. der Hamburger Bürgerschaft, Chefarzt des Krankenhauses Hamburg-Barmbek, Mitglied des Fachausschusses Sozialhygiene und Kindererholungsfürsorge der AWO, 1934 Emigration wegen seiner "nicht arischen" Ehefrau nach China, ab 1948 Präses der Gesundheitsbehörde Hamburg

Paula Kurgaß, Fürsorgerin, nach dem 1. Weltkrieg Zusammenarbeit mit den Quäkern in Kampf gegen den Hunger, Angestellte der AWO und für diese im Berliner Bezirksvorstand zuständig, 1933 Berliner Stadtverordnete, im Juni 1933 für 6 Wochen inhaftiert, danach unter Polizeiaufsicht, 1934 dank ihrer Verbindung zu den Quäkern Sekretärin deren Flüchtlingshilfe in Paris, während eines notwendigen Kuraufenthaltes in Zürich gestorben

Dr. Henni Lehmann, Künstlerin, Frauenrechtlerin mit sozial- und bevölkerungspolitischem Engagement, beeinflusst von ihrem Vater Dr. Wolfgang Strassmann und dessen Aktivitäten im "Deutschen Verein für Armenpflege und Wohltätigkeit", 1937 Freitod

Mart(h)a Lehmann, verheiratete Schanzenbach, Jugendwohlfahrtspflegerin und Mitarbeiterin von Walter Friedländer, weiteres soziales Engagement auch nach 1933, nach 1945 Parteitagsdelegierte für den SPD-Bezirk Süd-Baden, 1949 MdB, bis 1972 Mitglied des Ausschusses für Jugendfürsorge bzw. für Familien- und Jugendfragen

Theodor Leipart, Gewerkschafter, kurzfristig Arbeitsminister in Württemberg, nach 1922 Vorsitzender des ADGB, musste nach 1933 ohnmächtig die zwangsweise Gleichschaltung und Einverleibung aller Gewerkschaften in die nationalsozialistische "Deutsche Arbeitsfront" (DAF) erleben, kurzfristig von der Gestapo inhaftiert

Lotte Lemke, Fürsorgerin, ab 1930 Geschäftsführerin der AWO, 1933 Mitbegründerin des Deutsch-Ausländischen Jugendhilfswerkes (1936 verboten), Kurierdienste für eine sozialdemokratische Widerstandsgruppe, nach 1945 erneut Geschäftsführerin, ab 1953 stellvertretende, später Bundesvorsitzende der AWO

Dr. Kurt Löwenstein, MdR, Pädagoge und Schulpolitiker, Stadtrat für Volksbildungswesen in Berlin-Neukölln, führendes Mitglied des Bundes entschiedener Schulreformer, der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen, des Sozialistischen Kulturbundes und in der sozialistischen Bildungsarbeit, Gründer der deutschen Kinderfreundebewegung (ab 1923 deren Vorsitzender) und Initiator der "Kinderrepubliken", 1933 Emigration über die Tschechoslowakei nach Frankreich; Reorganisator der Sozialistischen Erziehungs-Internationale; 1939 in Paris verstorben; Autor u. a. der Aufsatzsammlung "Sozialismus und Erziehung"

Dr. Erna Magnus, Dozentin an der Wohlfahrtsschule der AWO, engagierte sich vor allem für eine fundierte Ausbildung mit Praxisbezug, für sozial- und rechtspolitische Fragen und Wohlfahrtspflege, 1933 Emigration in die USA, lehrte dort später an der Howard University, Washington

Dr. Hans Maier, Rechtsanwalt, Vorkämpfer für Reformideen, insbes. betr. der sozialen Arbeit, Leiter der Wohlfahrtsabteilung des sächs. Innenministeriums, 1937 vornehmlich politisch motivierter Freitod

Dr. Julius Moses, MdR, Arzt, Gesundheits- und Bevölkerungspolitiker, 1942 Tod im KZ Theresienstadt

Frieda Nadig, MdL Westfalen, Fürsorgerin und Wohlfahrtspflegerin, nach 1945 Bez.Sekr. der AWO Ostwestfalen, MdL, eine der "Mütter des Grundgesetzes" und MdB bis 1961

Dr. Ernst Nölting, Direktor der Berliner Schule für Wirtschaft und Verwaltung, Sozialpolitiker, nach 1945 MdL und kurzzeitig Minister für Wirtschaft und Verkehr in Niedersachsen

Erich Ollenhauer, 1928 Vors. der Sozialist. Arbeiterjugend, 1933 Mitglied des SPD-Parteivorstandes im Prager Exil, dann Paris und London, 1946 stellv., ab 1952 SPD-Parteivorsitzender, MdB, 1963 Präs. der Sozialist. Internationale

Toni Pfülf, MdR, Lehrerin, Vors. des Bundes sozialist. Frauen, Strafrechtsreformerin und Schulpolitikerin, 1933 politisch motivierter Freitod

Dr. Ludwig Preller, Sozial- und Kulturpolitiker, Regierungsrat im Reichsarbeits- und sächs. Arbeits- und Wohlfahrtsministerium, 1933 entlassen, nach 1945 MdL und kurzzeitig Landesminister in Schleswig-Holstein, dann MdB für Hessen, Mitbegründer und zeitweiliger Vorsitzender der "Gesellschaft für sozialen Fortschritt"

Dr. Max Quarck, MdR, Redakteur, Sozial- und Schulpolitiker; auch seine Frau Meta Quarck-Hammerstein war aktiv in der Wohlfahrtspflege und Sozialfürsorge tätig

Dr. Gustav Radbruch, MdR, Strafrechtler, Rechtsphilosoph, Kulturpolitiker, Justizminister und Strafrechtsreformer, 1933 als erster deutscher Professor entlassen, nach 1945 wieder als Professor eingesetzt, seine rechtsphilosophischen Postulate ("Radbruchsche Formel") fanden in der Bewältigung der nationalsozialistischen Verbrechen Anwendung: Danach muss das übergesetzliche Recht an Stelle des "gesetzlichen Unrechts" treten

Dr. Erich Roßmann, MdR, Redakteur, Landesvorsitzender der SPD und Direktor des Hauptversorgungsamts Württemberg, Mitbegründer des republikanisch-demokratischen Reichsbundes der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen, setzte sich für Frieden im In- und Ausland ein, ab 1933 mehrfach inhaftiert und KZ, nach 1945 Generalsekretär des Süddeutschen Länderrates und ab 1948 Intendant von Radio Stuttgart

Emma Sachse, Dienstmädchen und Hausfrau, MdL Thüringen, Mitglied des SPD-Parteiausschusses, Vorsitzende des AWO-Landesausschusses Großthüringen mit besonderem Engagement für Jugendliche und Frauen, 1933 kurzfristig in "Schutzhaft", danach in der Widerstandsbewegung tätig, 1944 erneut inhaftiert und in das KZ Ravensbrück deportiert, nach 1945 wiederum sozialpolitisch tätig und Befürworterin der Zwangsvereinigung von KPD und SPD, Mitglied des Landesvorstandes der SED und des Landtages Thüringen

Fritz Schreiber, Vors. der Sozialist. Arbeiterjugend Leipzig, Jugendfürsorgesekretär im Hauptausschuss der AWO und letzter Redakteur der "Arbeiterwohlfahrt", nach 1933 illeg. Tätigkeit, 1945 Vorstandssekretär des Zentralausschusses der SPD in Berlin, ab 1946 Sekretär

des Zentralausschusses der SED und pers. Referent von O. Grotewohl, 1949 Flucht in den Westen aus polit. Gründen, Sekretär der Eisenbahnergewerkschaft Frankfurt/M., Gesellschafter und Aufsichtsratsmitglied der ehemals sozialdemokratischen Union-Druckerei Frankfurt

Louise Schroeder, MdR, Mitbegründerin der AWO und Leiterin der AWO Schleswig-Holstein mit besonderem Engagement für Mutterschutz, Säuglingsfürsorge, Kinder- und Arbeiterinnenschutz, Jugendgerichtsbarkeit und Gesundheitspflege, Invaliden- und Unfallfürsorge sowie Jugendwohlfahrtsgesetzgebung, nach 1933 unter "Polizeiaufsicht", trat nach 1945 unermüdlich für die Selbstständigkeit der SPD in den Berliner Westsektoren ein, stellvertretende und zeitweise Regierende Bürgermeisterin Westberlins, MdB und Delegierte im Europarat

Toni(y) Sender, Büroangestellte mit engen Kontakten zu franz. Sozialisten, Pazifistin, Frankfurter Kommunal- und Sozialpolitikerin, ab 1920 MdR, u. a. Spezialistin für Zoll- und Handelspolitik, Redakteurin der SPD-Zeitschrift "Frauenwelt", 1933 Emigration über die Tschechoslowakei und die Niederlande in die USA, profilierte sich dort als Wirtschafts-spezialistin bei sog. Nichtregierungsorganisationen wie der AFL und der UNRA, setzte sich insbes. für Menschenrechte und die Rechtsstellung für Frauen ein

Helene Simon, Mitbegründerin moderner Sozialarbeit und Theoretikerin der AWO ("Sozialismus und Wohlfahrtspflege"), engagierte sich vor allem für soziale Gerechtigkeit, die Probleme der Arbeiter, Frauenfragen sowie den Kinder- und Jugendschutz, 1938 gezwungenermaßen Emigration nach London, dort 1947 verstorben

Margarethe Starrmann-Hunger, MdR, Sozialbeamtin, Referentin im sächs. Min. des Inneren, später im dortigen Arbeits- und Wohlfahrtsministerium. 1933 entlassen, litt unter einem enormen Verfolgungsdruck und sah sich nach dem Attentat auf Hitler 1944 gezwungen, ihre Identität zu wechseln, nach 1945 wieder in der Partei- und Sozialarbeit engagiert, Parteitags-Delegierte des SPD-Bezirks Hessen-Frankfurt

Bruno Theek, Theologe und Mediziner, 1920 Aufgabe seines Pfarramtes und Übernahme einer Anstellung im Wohlfahrts- und Jugendamt Berlin, nach 1933 im Visier der Gestapo, 1941 ins KZ Dachau eingeliefert, nach 1945 kurzzeitig Bürgermeister in Ludwigslust, danach dortselbst wieder als Pfarrer tätig

Minna Todenhagen, SPD-Parteisekretärin, Wohlfahrtspflegerin und Mitbegründerin der AWO, Mitglied des Hauptvorstandes und Protagonistin der AWO-HelferInnenschulungen, Berliner Stadtverordnete, Leiterin der AWO Berlin und Mitarbeiterin des Berliner Jugendamtes, Gründungs-Mit-Initiatorin des "August-Bebel-Kinderheimes" und Heimleiterin "Haus Kinderschutz", nach 1933 unter Polizeiaufsicht, weiterhin Kontakte zu Gleichgesinnten, 1944 kurzfristig verhaftet, nach 1945 Berliner Stadtverordnete und Beisitzerin im AWO-Landesvorstand

Robert Wiener, Sozialwissenschaftler, Journalist, Fraktionssekretär und Parteivorstandsmitglied der DSAP (Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei [in der CSR]), Redakteur des Parteiorgans "Sozialdemokrat", 1939 Emigration [mit Wenzel Jaksch] nach England

Auch wenn bereits über 75 Jahre nach dem letzten Erscheinen der "Arbeiterwohlfahrt" vergangen sind, so haben doch viele der seinerzeit behandelten Themen noch heutzutage keineswegs an Aktualität verloren: manche in anderer Ausprägung, und neue sind zeit- und sozialgesellschaftlich bedingt hinzugekommen. Zwar existiert das "Proletariat" im klassischen Sinne hierzulande kaum noch, doch an seine Stelle ist eine Bevölkerungsschicht getreten, die seit einigen Jahren von den Sozialwissenschaftlern als "Prekariat" bezeichnet wird. Darunter zählen Bevölkerungskreise, die nicht aufgrund ihrer sozialen Herkunft, sondern wegen anderer widriger Umstände - seien es Arbeitslosigkeit, Vereinsamung, mangelnde soziale Kontakte, Armut, altersbedingte Krankheiten und entsprechende Hilflosigkeiten, aber auch Diskriminierung aufgrund ihrer sozialen Stellung, ihrer ethnischen oder politischen Herkunft - auf die Hilfe der Gesellschaft angewiesen wären. Abgesehen davon ist generell ein Anwachsen sozial schwächerer Schichten und deren damit

verbundener Benachteiligung zu verzeichnen.

Schienen die damals in der "Arbeiterwohlfahrt" behandelten Problemfelder vornehmlich durch den 1. WK und dessen Folgen bedingt, und hatte auch der Nationalsozialismus und sein angezettelter 2. WK entsprechende Spuren hinterlassen, so währte man sich nach dem Wiederaufbau (West-) Deutschlands und dem sog. Wirtschaftswunder gegen diese in den 20er Jahren beschriebenen Erscheinungen einigermaßen gefeit. Doch hatte man wohl dann zu lange Zeit die Augen verschlossen gehalten bzw. halten wollen und eine Verschlechterung der Sozial- und Lebensumstände so nicht für möglich gehalten bzw. ihre Entwicklung negiert.

Verstärkt wird die derzeit prekäre Situation durch den demographischen Wandel, eine gesteigerte inflationäre Entwicklung in Verbindung mit sinkendem Realeinkommen und steigenden Lebenshaltungskosten [- wobei ein Zusammenhang mit der EURO-Umstellung nicht ganz abwegig sein dürfte -] sowie bestimmte Folgen der Globalisierung.

So wird man heutzutage umso unmittelbarer an viele der seinerzeit bereits angeprangerten Missstände schmerzlich erinnert und mit neuen Herausforderungen konfrontiert:

Anstieg sozial schwächerer Schichten (auch mit Migrationshintergrund) und der damit verbundenen Benachteiligungen (Bildung und Ausbildung); Arbeitslosigkeit und deren Folgen; Geringverdiener, Niedriglohnsektor, 1-EURO-Jobs; Armenküchen und "Tafeln", nicht nur für Obdachlose etc., sondern neuerdings auch für Hartz- IV-"Empfänger"; "stille" Armut sowie Altersarmut, Altersfürsorge und Pflegebedürftigkeit (Fehlen der früheren Großfamilie bzw. des traditionellen Familienverbandes) insbes. aufgrund des demographischen Wandels; Vereinsamung und Verwahrlosung nicht nur älterer Menschen, sondern zunehmend auch von Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden; steigende Scheidungsraten und Alleinerziehende; Kinderarmut, -arbeit und Kindesmissbrauch; Jugendarbeitslosigkeit bzw. Ausbildung nicht nur schwer integrierbarer Jugendlicher sowie Heranwachsender und deren Resozialisierung; Drogenproblematik und Suchtprävention, Beschaffungskriminalität und mangelnde Jugendhilfe sowie Defizite in der Jugendgerichtsbarkeit; Geschlechtskrankheiten in der aktuellen Ausrichtung von HIV etc.; ferner das leider immer noch nicht überwundene Problem der Gleichstellung für Frauen mit entsprechender Entlohnung und adäquater Chancengleichheit sowie die gesellschaftliche Intoleranz gegenüber gleichgeschlechtlichen Beziehungen.

Die sich innerlands neuerdings abzeichnende Problemlage wird sich voraussichtlich in der Zukunft nicht auf Deutschland beschränken, sondern droht im Zuge der Globalisierung auch Länder und Kontinente übergreifend.

Nach wie vor bleibt auch hier die schon ab der Mitte der 20er Jahre heftig umstrittene Frage offen, ob die Lösung dieser Probleme allein der staatlichen Sozialfürsorge oder auch freien bzw. gebundenen, sog. institutionellen Fürsorgeeinrichtungen, obliegen sollte; jedenfalls hatte die "Arbeiterwohlfahrt" damals eine konstruktiv kritisch-oppositionelle Haltung gegenüber dem Alleinanspruch staatlicher Institutionalisierung, Verordnungen und Reglementierung propagiert (vgl. hierzu auch Niedrig, a.a.O., S. 16. ff.).

Wenn auch anscheinend "veraltet", ließen sich aus vielen der seinerzeit in der "Arbeiterwohlfahrt" veröffentlichten Themen für etliche der heutigen Probleme noch fruchtbare Lösungsansätze finden.

Horst-Peter Schulz, 23.4.08